

Forum

Bayern, Deutschland, München Seite 18

Eine Dürre in Russland hat die Weizenpreise an den internationalen Börsen von Juni bis August dieses Jahres um 80 Prozent in die Höhe schnellen lassen. Ein solch rasanter Anstieg war seit 1973 nicht mehr verzeichnet worden, auch nicht während der weltweiten Preiseskalation in den Jahren 2007/2008. Dabei sind die Aussichten für die Weizenproduktion des nächsten Jahres nicht beeinträchtigt, die Lager gut gefüllt und die Ernte bei anderen Getreidesorten zufriedenstellend. Man könnte den Vorfall als weiteren spekulativen Ausschlag auf den Rohstoffmärkten ohne größere Relevanz zu den Akten legen – doch würde man damit dessen politische Brisanz verkennen.

Denn solche Preisspitzen werden instrumentalisiert, um das Thema Ernährungssicherheit ins Zentrum der europäischen Agrardebatte zu rücken. Nicht nur die Bauernverbände argumentieren, dass eine „starke“ Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) in der Europäischen Union (EU) notwendig sei, um die Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen. Selbst die Landwirtschaftsminister von 22 EU-Mitgliedsstaaten, darunter auch Deutschland, verabschiedeten eine Erklärung, der gemäß nur eine ambitionierte GAP die Unabhängigkeit Europas bewahren könne. Es besteht die Gefahr, dass damit wichtige Entscheidungen, die in Brüssel anstehen, in die falsche Richtung gelenkt werden.

Forum

Lebensmittel sind austauschbar

Agrarsubventionen sollten in den Haushaltsverhandlungen der EU nicht mit der Ernährungssicherheit begründet werden

Von Stephan von Cramon-Taubadel und Valentin Zahrnt

In den kommenden Wochen wird die Europäische Kommission ihre Schlussfolgerungen aus der Überprüfung des EU-Haushalts vorstellen. Dies wird die Auseinandersetzung um die langfristigen Budgetprioritäten für den Zeitraum 2014 bis 2020 verschärfen. Der größte Zankapfel – mit über 40 Prozent Anteil am EU-Haushalt – ist dabei die GAP. Zahlreiche Studien belegen, dass es wünschenswert wäre, Mittel von der GAP in andere Bereiche wie Forschung und Infrastruktur umzuleiten, in denen die europaweite Koordination einen größeren Mehrwert erbringt. Ob dies gelingt, wird wesentlich davon abhängen, wie stark die Besorgnis über die Ernährungssicherheit in der EU die Diskussion prägt.

Es ist frappierend, dass keine Szena-

rien und Berechnungen existieren, die auf eine substantielle Gefährdung der Ernährungssicherheit in der Europäischen Union hinweisen würden.

Was ergibt eine sachliche Analyse der Lage? Die Prognosen der Experten stimmen weitgehend darin überein, dass die Lebensmittelpreise auf den Weltmärkten in den nächsten Jahrzehnten moderat steigen werden. Doch selbst wenn die Preise auf ein Mehrfaches des derzeitigen Niveaus klettern sollten, würde die Europäischen Union – deren Bürger im Durchschnitt knapp 13 Prozent ihrer Konsumausgaben für Lebensmittel tätigen – über ausreichend Kaufkraft verfügen, um sich mit Grundnahrungsmitteln einzudecken. Eine Bedrohung könnte also nur von gravierenden Störungen des Weltmarkts herrühren, die von den Prog-

nosemodellen der Experten nicht erfasst werden.

Lebensmittelexporte sind seit dem Zweiten Weltkrieg nie dauerhaft und umfassend beschränkt worden. Die Ausfuhrbeschränkungen der Jahre 2007/2008 betrafen nur einzelne Länder und Produkte und wurden zumeist schnell wieder zurückgenommen. Auch haben Lebensmittel und Erdöl, bei dem es wirtschaftlich und politisch motivierte Einschnitte im Angebot gab, wenig gemein. Erstens stammt das meiste Erdöl aus potenziellen Krisenregionen, wohingegen viele führende Agrarexporteure – insbesondere die USA, Kanada, Australien und Neuseeland, aber auch Brasilien und Argentinien – deutlich verlässlicher sind. Zweitens hängen Erdölimporte von langfristigen Verträgen, Pipelines und Raffinerien ab. Lebensmittel hingegen werden kurzfristig gehandelt und lassen sich vergleichsweise flexibel transportieren und verarbeiten. Drittens ist es ein langwieriges Unterfangen, die Förderkapazität von Erdöl zu erhöhen. Demgegenüber können Bauern ihre Ernte eines Produkts von einem Jahr aufs andere ausweiten, indem sie den Anbau intensivieren und zu Lasten anderer Produkte umstellen. Viertens sind Lebensmittel weitgehend austauschbar – zumindest wenn es um Kalorien und nicht um Geschmacksrichtungen geht. Würde Reis künstlich verteuert, könnten die Konsumenten auf Weizen oder Mais ausweichen. Der Auto-

besitzer, dessen Benzinrechnung anwächst, kann nicht so einfach auf ein Solarmobil umsteigen.

Ein wesentlicher Punkt zuletzt: Die EU ist zwar der größte Agrarimporteur der Welt, importiert aber vor allem Tierfutter und Luxusgüter wie Kaffee, Blumen oder Erdbeeren im Winter. Bei den Grundnahrungsmitteln liegt der Selbstversorgungsgrad der EU extrem hoch. Die einheimische Produktion hat seit über fünf Jahrzehnten in jedem einzelnen Jahr bei weitem ausgereicht, die Ernährungssicherheit zu gewährleisten. Zu



Stephan von Cramon-Taubadel ist Professor an der Georg-August-Universität Göttingen.
Valentin Zahrnt ist Wissenschaftler am European Centre for International Political Economy (ECIPE).
Fotos: privat

schnell wird vergessen, dass die GAP vor allem wegen subventionierter Exporte international in der Kritik stand und zum Teil noch steht. In der Zukunft wird das europäische Produktionspotenzial weiter wachsen – auch wenn alle Agrarsubventionen abgeschafft werden sollten –, während die Bevölkerungszahl stabil bleibt. Fazit: Notfalls könnte die EU ohne Lebensmittelimporte auskommen. Das eigentliche Problem liegt darin, dass EU-Bürger durchschnittlich wesentlich mehr essen, als gesund wäre.

Daher lassen sich Agrarsubventionen in den anstehenden Haushaltsverhandlungen der EU nicht mit dem Schutz der Ernährungssicherheit in der EU begründen. In anderen Regionen der Welt ist die Ernährungssicherheit tatsächlich gefährdet. Die Agrarproduktion in der EU durch Subventionen und Zölle zu schützen, leistet allerdings keinen nachhaltigen Beitrag im Kampf gegen den Hunger. Öffentliche Mittel sollten besser dafür eingesetzt werden, die landwirtschaftliche Produktivität in den Entwicklungsländern zu erhöhen. Und Zollsenkungen würden zu einem offeneren Handelssystem beitragen, das es ermöglicht, eine wachsende Erdbevölkerung in Zeiten des Klimawandels zu ernähren. Denn der Welthandel bietet die einzige Möglichkeit, die kurzfristigen Schwankungen und strukturellen Ungleichgewichte in der weltweiten Agrarproduktion auszubalancieren.

Eine Dürre in Russland hat die Weizenpreise an den internationalen Börsen von Juni bis August dieses Jahres um 80 Prozent in die Höhe schnellen lassen. Ein solch rasanter Anstieg war seit 1973 nicht mehr verzeichnet worden, auch nicht während der weltweiten Preiseskalation in den Jahren 2007/2008. Dabei sind die Aussichten für die Weizenproduktion des nächsten Jahres nicht beeinträchtigt, die Lager gut gefüllt und die Ernte bei anderen Getreidesorten zufriedenstellend. Man könnte den Vorfall als weiteren spekulativen Ausschlag auf den Rohstoffmärkten ohne größere Relevanz zu den Akten legen – doch würde man damit dessen politische Brisanz verkennen.

Denn solche Preisspitzen werden instrumentalisiert, um das Thema Ernährungssicherheit ins Zentrum der europäischen Agrardebate zu rücken. Nicht nur die Bauernverbände argumentieren, dass eine „starke“ Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) in der Europäischen Union (EU) notwendig sei, um die Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen. Selbst die Landwirtschaftsminister von 22 EU-Mitgliedsstaaten, darunter auch Deutschland, verabschiedeten eine Erklärung, der gemäß nur eine ambitionierte GAP die Unabhängigkeit Europas bewahren könne. Es besteht die Gefahr, dass damit wichtige Entscheidungen, die in Brüssel anstehen, in die falsche Richtung gelenkt werden.

nosemodellen der Experten nicht erfasst werden.

Lebensmittelexporte sind seit dem Zweiten Weltkrieg nie dauerhaft und umfassend beschränkt worden. Die Ausfuhrbeschränkungen der Jahre 2007/2008 betrafen nur einzelne Länder und Produkte und wurden zumeist schnell wieder zurückgenommen. Auch haben Lebensmittel und Erdöl, bei dem es wirtschaftlich und politisch motivierte Einschnitte im Angebot gab, wenig gemein. Erstens stammt das meiste Erdöl aus potenziellen Krisenregionen, wohingegen viele führende Agrarexporteure – insbesondere die USA, Kanada, Australien und Neuseeland, aber auch Brasilien und Argentinien – deutlich verlässlicher sind. Zweitens hängen Erdölimporte von langfristigen Verträgen, Pipelines und Raffinerien ab. Lebensmittel hingegen werden kurzfristig gehandelt und lassen sich vergleichsweise flexibel transportieren und verarbeiten. Drittens ist es ein langwieriges Unterfangen, die Förderkapazität von Erdöl zu erhöhen. Demgegenüber können Bauern ihre Ernte eines Produkts von einem Jahr aufs andere ausweiten, indem sie den Anbau intensivieren und zu Lasten anderer Produkte umstellen. Viertens sind Lebensmittel weitgehend austauschbar – zumindest wenn es um Kalorien und nicht um Geschmacksrichtungen geht. Würde Reis künstlich verteuert, könnten die Konsumenten auf Weizen oder Mais ausweichen. Der Auto-

Forum

Lebensmittel sind austauschbar

Agrarsubventionen sollten in den Haushaltsverhandlungen der EU nicht mit der Ernährungssicherheit begründet werden

Von Stephan von Cramon-Taubadel und Valentin Zahrnt

In den kommenden Wochen wird die Europäische Kommission ihre Schlussfolgerungen aus der Überprüfung des EU-Haushalts vorstellen. Dies wird die Auseinandersetzung um die langfristigen Budgetprioritäten für den Zeitraum 2014 bis 2020 verschärfen. Der größte Zankapfel – mit über 40 Prozent Anteil am EU-Haushalt – ist dabei die GAP. Zahlreiche Studien belegen, dass es wünschenswert wäre, Mittel von der GAP in andere Bereiche wie Forschung und Infrastruktur umzuleiten, in denen die europaweite Koordination einen größeren Mehrwert erbringt. Ob dies gelingt, wird wesentlich davon abhängen, wie stark die Besorgnis über die Ernährungssicherheit in der EU die Diskussion prägt.

Es ist frappierend, dass keine Szenarien

und Berechnungen existieren, die auf eine substantielle Gefährdung der Ernährungssicherheit in der Europäischen Union hinweisen würden.

Was ergibt eine sachliche Analyse der Lage? Die Prognosen der Experten stimmen weitgehend darin überein, dass die Lebensmittelpreise auf den Weltmärkten in den nächsten Jahrzehnten moderat steigen werden. Doch selbst wenn die Preise auf ein Mehrfaches des derzeitigen Niveaus klettern sollten, würde die Europäischen Union – deren Bürger im Durchschnitt knapp 13 Prozent ihrer Konsumausgaben für Lebensmittel tätigen – über ausreichend Kaufkraft verfügen, um sich mit Grundnahrungsmitteln einzudecken. Eine Bedrohung könnte also nur von gravierenden Störungen des Weltmarkts herrühren, die von den Prog-

besitzer, dessen Benzinrechnung anwächst, kann nicht so einfach auf ein Solarmobil umsteigen.

Ein wesentlicher Punkt zuletzt: Die EU ist zwar der größte Agrarimporteur der Welt, importiert aber vor allem Tierfutter und Luxusgüter wie Kaffee, Blumen oder Erdbeeren im Winter. Bei den Grundnahrungsmitteln liegt der Selbstversorgungsgrad der EU extrem hoch. Die einheimische Produktion hat seit über fünf Jahrzehnten in jedem einzelnen Jahr bei weitem ausgereicht, die Ernährungssicherheit zu gewährleisten. Zu



Stephan von Cramon-Taubadel ist Professor an der Georg-August-Universität Göttingen.
Valentin Zahrnt ist Wissenschaftler am European Centre for International Political Economy (ECIPE).

Fotos: privat

schnell wird vergessen, dass die GAP vor allem wegen subventionierter Exporte international in der Kritik stand und zum Teil noch steht. In der Zukunft wird das europäische Produktionspotenzial weiter wachsen – auch wenn alle Agrarsubventionen abgeschafft werden sollten –, während die Bevölkerungszahl stabil bleibt. Fazit: Notfalls könnte die EU ohne Lebensmittelimporte auskommen. Das eigentliche Problem liegt darin, dass EU-Bürger durchschnittlich wesentlich mehr essen, als gesund wäre.

Daher lassen sich Agrarsubventionen in den anstehenden Haushaltsverhandlungen der EU nicht mit dem Schutz der Ernährungssicherheit in der EU begründen. In anderen Regionen der Welt ist die Ernährungssicherheit tatsächlich gefährdet. Die Agrarproduktion in der EU durch Subventionen und Zölle zu schützen, leistet allerdings keinen nachhaltigen Beitrag im Kampf gegen den Hunger. Öffentliche Mittel sollten besser dafür eingesetzt werden, die landwirtschaftliche Produktivität in den Entwicklungsländern zu erhöhen. Und Zollsenkungen würden zu einem offeneren Handelssystem beitragen, das es ermöglicht, eine wachsende Erdbevölkerung in Zeiten des Klimawandels zu ernähren. Denn der Welthandel bietet die einzige Möglichkeit, die kurzfristigen Schwankungen und strukturellen Ungleichgewichte in der weltweiten Agrarproduktion auszubalancieren.